

Engagement für Europa sichtbar machen - Europäische Freiwilligenarbeit in Deutschland endlich anerkennen!

Seit über 30 Jahren engagieren sich junge Menschen als Freiwillige im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes der Europäischen Union, welcher heute unter dem Namen Europäisches Solidaritätskorps (ESK) bekannt ist. Jährlich nehmen über 1000 junge Menschen in oder aus Deutschland im Alter zwischen 18 und 30 Jahren am Programm teil (Quelle 1). Sie engagieren sich für die Gesellschaft wie Freiwillige der deutschen Freiwilligenprogramme wie z.B. des FSJ oder BFD. Trotzdem wird auch nach über 30 Jahren gleiches Engagement noch immer nicht gleich gewürdigt. Eine Tatsache, die besonders in einer Zeit, in der ein starkes Europa und Europäischer Zusammenhalt so wichtig ist wie nie, nicht sein kann.

Denn gerade die Europäischen Jugendprogramme fördern den Zusammenhalt in Europa. So haben Freiwillige des ESK z.B. keinen Anspruch auf einen Freiwilligenausweis in Deutschland (Quelle 2) und dementsprechende Vergünstigungen anders als z.B. Freiwillige des FSJ. Mehr Anerkennung des Engagements von ESK-Freiwilligen würde außerdem die Sichtbarkeit des Europäischen Solidaritätskorps und der Europäischen Jugendprogramme in Deutschland insgesamt erhöhen und dafür sorgen dass mehr junge Menschen von den Europäischen Jugendprogrammen erfahren und profitieren können. Denn viele junge Menschen in Deutschland kennen nur Erasmus + für Studierende, wodurch vielen, gerade jungen Menschen mit geringeren Chancen, eine Teilnahme an den Europäischen Jugendprogrammen, wie dem Europäischen Solidaritätskorps, Jugendbegegnungen, Trainingskursen etc. verwehrt bleibt.

Als Junge Europäische Föderalist:innen fordern wir daher, dass Freiwillige des ESK in Deutschland berechtigt werden, einen Freiwilligenausweis und damit denselben Status wie Freiwillige der deutschen Programme zu erhalten. Auf lange Sicht sollte es außerdem das Ziel sein, einen allgemeingültigen Europäischen Freiwilligenstatus einzuführen, der allen Freiwilligen in Europa gleiche Rechte gibt, wie auch schon von europäischen Nationalagenturen gefordert.